

<p style="text-align: center;">Fraktion DIE LINKE. (Anfrage Nr. 2591/2012)</p>

Eingereicht am 08.11.2012 um 14:45 Uhr.

Ratsversammlung 13.12.2012.

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur Weitergabe persönlicher Daten von Einwohnern durch die Stadt

Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt haben das Recht, etwa bei der Beantragung eines neuen Personalausweises die Weitergabe ihrer persönlichen Daten an Dritte zu untersagen. Die Stadt ist verpflichtet, die Einwohner und die Einwohnerinnen der Landeshauptstadt auf dieses Recht aufmerksam zu machen. Allein entsprechende Aushänge in den Bürgerämtern sind nicht ausreichend, weil der diesbezügliche Hinweis zwischen den vielen anderen Aushängen untergeht. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1.

Inwieweit macht die Verwaltung die Einwohner auf ihr Recht aufmerksam, eine Weitergabe der persönlichen Daten an Dritte zu untersagen?

2.

Macht die Verwaltung die Einwohner im Gespräch auch mündlich auf ihr diesbezügliches Recht aufmerksam, wenn die Einwohner eine Leistung wie etwa einen neuen Personalausweis beantragen?

Oliver Förste
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 09.11.2012